



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND
VERWALTUNG

am Dienstag, 12.12.2017, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2018 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2017 – 2021	Vorl.Nr. 418/17
TOP 1.1	- Haushaltsplan 2018 - Anlage	Vorl.Nr. 419/17
TOP 1.2	- Haushaltsplan 2018 - Nachlieferung einer versehentlich nicht abgedruckten Investitionsmaßnahme	Vorl.Nr. 487/17
<hr/>		
TOP 1.3	- Änderungsverzeichnis (Vorberatung)	Vorl.Nr. 531/17
<hr/>		

Beschlussempfehlung:

1. Die Haushaltssatzung 2018 sowie der Haushaltsplan 2018 und die mittelfristige Finanzplanung 2017 - 2021 werden auf Grundlage des Haushaltsplanentwurfs (Vorlage 419/17) und den beigefügten Änderungsverzeichnissen beschlossen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die noch erforderlichen haushaltsneutralen Veränderungen der Teilhaushalte (z.B. interne Leistungsverrechnungen, Steuerungsumlage, Änderungen Kontenplan) vorzunehmen und in den endgültigen Haushaltsplandruck einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Deetz

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung. Er stellt fest, dass es seitens des Gremiums keine Einwände zur Tagesordnung gebe, und ruft sodann Tagesordnungspunkt 1 auf.

Herr **Kiedaisch** (Fachbereich Finanzen) fasst die Änderungen aus den Beratungen des Gemeinderats zum Haushalt 2018 und durch die eingebrachten Haushaltsanträge zusammen. Er stellt zudem die Finanzplanung bis 2021 vor. Der Haushalt 2018 sei aus seiner Sicht so genehmigungsfähig. Er enthalte ein ambitioniertes und großes Investitionsprogramm. Die tatsächliche Kreditaufnahme werde von Jahr zu Jahr genau ermittelt. So seien aus den 5 Mio. Euro Krediten, für die 2017 eine Ermächtigung vorliege, noch kein Euro tatsächlich aufgenommen. Das Kreditvolumen aus 2016 sei auf die WBL günstig weitergereicht worden. Auch die veranschlagten Kredite von 4 Mio. Euro für 2018 seien nicht gesetzt. Rechnerisch sei die Kreditaufnahme allerdings nicht zu reduzieren.

Stadtrat **Herrmann** wolle die endgültige Bewertung in der Sitzung des Gemeinderats am Donnerstag vornehmen. Er stellt fest, dass die Baumaßnahmen ein Volumen von insg. 40,2 Mio. Euro hätten. Außerdem fragt er nach der Anzahl der neuen Stellen im Stellenplan bei Beamten und Angestellten. Herr **Kiedaisch** verneint die Rückfrage, ob zusätzliche Änderungen der Verwaltung als die aus der Gemeinderatssitzung vom 5.12.17 eingearbeitet worden seien.

Die Fraktion der Grünen wolle sich laut Stadträtin **Wiedmann** endgültig am Donnerstag zum Haushalt äußern. Für heute gebe sie Zustimmung.

Für Stadträtin **Liepins** seien im Änderungsverzeichnis zum Haushaltsplan viele Änderungen der Verwaltung enthalten. Bei den Erschließungskosten Fuchshof hätte sich der Ansatz für die nächsten Jahre um 8 Mio. Euro erhöht; sie fragt nach den Gründen. Außerdem zeigt sie sich überrascht, dass eine Planungsrate für die Erweiterung der Schule in der Danziger Straße aufgenommen worden sei und fragt nach der Begründung.

Laut Stadtrat **Weiss** seien die Änderungen bekannt gewesen. Wenn am Ende vom Jahr keine Schulden aufgenommen werden müssten, sei man froh. Er bittet um eine genaue Aufstellung des Stellenplans. Zum Thema Fuchshof führt er aus, dass die Ausgaben im investiven Bereich auch Mehreinnahmen bei den Erträgen brächten. Mehr dazu wolle er in der kommenden Gemeinderatssitzung sagen. Insgesamt sei der Haushalt zufriedenstellend, auch aufgrund einer guten wirtschaftlichen Lage und guter Steuereinnahmen.

Stadtrat **Heer** ist sehr zufrieden mit dem Haushalt. Sorgen machten ihm die Zunahme der Investitionen und der Kredite. Ludwigsburg könne in Zukunft nicht tilgen und andere Städte hätten geringere Schuldenstände. Die Ausgaben müssten den Einnahmen angepasst werden. Einige Maßnahmen könnten eventuell zeitlich gestreckt werden.

Herr **Kiedaisch** erläutert, dass seit den Beratungen der Haushaltsanträge keine weiteren Änderungen dazugekommen seien. Zum Fuchshof lägen jetzt genauere Zahlen vor, der vorherige pauschale Ansatz sei zu gering gewesen. Da die Grundstückserlöse zeitlich verzögert eingehen würden, seien diese auch noch nicht in der Finanzplanung enthalten.

Auf den Einwand von Stadträtin **Liepins**, dass hierzu die Investitionen zu hoch angesetzt seien, antwortet OBM **Spec**, dass die Erschließungskosten bis vor Kurzem in einem Sonderhaushalt eingestellt gewesen seien, nun seien sie im normalen Haushalt und würden dadurch die Investitionen erhöhen.

Zur Schule in der Danziger Straße führt Herr **Kiedaisch** aus, dass durch aktualisierte Zahlen die Grundschulbezirke neu gegliedert würden.

Herr **Nitzsche** (Fachbereich Organisation und Personal) sagt zu, eine Übersicht zum Stellenplan in

der Sitzung des Gemeinderats am Donnerstag auszuteilen. In der Gemeinderatsklausur sei über unbefristete und befristete Stellen gesprochen worden. Der Stellenplan zum Haushalt beinhalte nur die unbefristeten Stellen. Durch die Haushaltsplanberatungen habe sich die Stellenzahl um 2,3 erhöht. Die Personalausgaben würden sich insgesamt um 350.000 Euro erhöhen, darin seien die höheren Ausbildungskosten im Kita-Bereich enthalten.

OBM **Spec** führt in Bezug auf die Verschuldung aus, dass die Fakten sich anders darstellen würden. Im Vergleich mit anderen Städten sei die Verschuldung gering. Die Zahlen im Kernhaushalt würden noch geringer ausfallen, da bei Städtevergleichen auch die Finanzlage der Eigenbetriebe integriert sei. Hier sei es angebracht, zu differenzieren. Die Verschuldung müsse im Gesamten betrachtet werden, so OBM Spec. Ludwigsburg habe in der Vergangenheit gut gewirtschaftet, Schulden abgebaut und Rücklagen erhöht. Gleichzeitig sei ein enormes Investitionsprogramm im Bildungsbereich geschultert worden. So sei das Goethegymnasium ohne Kreditaufnahme saniert worden.

Herr **Kiedaisch** zeigt eine Tabelle mit dem Schuldenständen der Großen Kreisstädte in der Region Stuttgart. Ludwigsburg sei hier am unteren Rand der Verschuldung pro Einwohner.

Stadtrat **Heer** mahnt an, die Grundsteuer nicht zu erhöhen. Man müsse das Augenmerk weiter auf die Verschuldung legen.

Er unterstütze den Einwand des Kollegen aufgrund des gezeigten Entwicklungsbilds des Schuldenstandes, so Stadtrat **Weiss**. Gegebenenfalls müssten Maßnahmen entzerrt werden, um Schulden zu schieben.

Stadträtin **Liepins** sieht es ähnlich wie ihre Vorredner. Gleichzeitig seien viele Projekte auf den Weg gebracht worden. Sie bittet um Darstellung der jeweiligen Schuldenstände in den verschiedenen Haushalten.

Laut Stadtrat **Herrmann** gebe es diese Diskussionen überall. Einordnen ließen sich die Schulden auch als rentierliche Schulden und weitere Arten.

Herr **Kiedaisch** erläutert, dass die Schuldenstände und deren Entwicklung im Haushaltsplan nach Kernhaushalt und Eigenbetrieben unterschieden seien. Generell führt er aus, dass im Haushaltsplan das dargestellt werde, was der Gemeinderat beschließe. Mit Blick auf die finanziellen Möglichkeiten werde dann entschieden, wann welche Maßnahme umgesetzt werde. Kredite seien nicht per se generationenungerecht. Die Investitionen von 80 Mio. Euro und Kreditaufnahmen beim Bildungszentrum West würden bspw. auf den Nutzungszeitraum verteilt. Bei der Finanzplanung müsse auf das Gesamtbild geachtet werden. Es sei im Interesse aller, einen vernünftigen Haushalt aufzustellen. Er fordert eine ehrliche und sachliche gemeinsame Diskussion.

OBM **Spec** störe das Bild, das gezeichnet werde. Dies suggeriere, dass die Verwaltung für die Schulden verantwortlich sei, der Gemeinderat für deren Rückführung. Diese Darstellung bezeichne OBM Spec als unehrlich. Die Haushaltsplanung erfolge gemeinsam. Wenn laut Gemeinderat weniger Schulden in den Haushaltsplan aufgenommen werden sollten, dann müsste der Gemeinderat auch sagen, welche Investition nicht gemacht werden solle. Schlussendlich handle es sich um den Haushalt, der vom Gemeinderat beschlossen werde. Außerdem sei festzustellen, dass es auch in der Verantwortung von Bund und Ländern liege, für eine gute Finanzlage der Kommunen zu sorgen. Er lasse sodann über die Vorlage 531/17 abstimmen.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf. Das LivingLaB werde auf Wunsch einen Werkstattbericht geben.

Frau **Dr. Bräuning** (LivingLaB) führt kurz in den Themenbereich Cradle-to-cradle (C2C) ein und kündigt den nächsten Werkstattbericht für März 2018 an.

Frau **Jäger** (LivingLaB) erklärt die Wichtigkeit und Grundprinzipien von C2C anhand einer Präsentation. Diese liegt der Niederschrift bei. Unter dem Stichwort Nachhaltigkeit sei es das Ansinnen, Produkte und Dienstleistungen „von der Wiege zur Wiege“ herzustellen. Bei Produkten müssten die Hersteller nachweisen, was die Inhaltsstoffe seien. Künftig solle bei der Neukonzeption von Produkten dieser Grundsatz gleich mitgedacht werden. Sie stellt Firmen und Beispiele aus dem Bereich vor.

Herr **Eckstein** (Wohnungsbau Ludwigsburg) stellt die Entwicklung des Cube 11 vor, bei der das Prinzip des C2C angewandt worden sei.

OBM **Spec** erläutert, dass auch bei Abbrüchen immer mehr C2C angewandt werde. In Zukunft werde es Rückbaupläne für jedes Gebäude geben können, die auch nach Jahrzehnten zur Verfügung stehen müssten. Die Umsetzung sei eine Aufgabe der Baurechtsbehörden.

Für Hochbauprojekte sieht Herr **Weißer** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) viele Anknüpfungspunkte. Öffentliches Bauen habe immer auch eine Vorbildwirkung. Als Beispiel führt er Bauten in Holzbauweise aus. Wirtschaftliches und nachhaltiges Bauen sei die Grundlage des Handelns. Im Detail stellt er die Schlösslesfeldschule vor. Bei der Sanierungsmaßnahme Bildungszentrum West werde der C2C-Gedanke seit Beginn des Prozesses integriert.

OBM **Spec** unterstreicht die Wichtigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes bei der Errichtung von wertigen Wohngebäuden. Durch das Zusammenspiel vieler Akteure sei dies möglich. Die Wohnungsbau Ludwigsburg habe in dieser Hinsicht eine phänomenale Arbeit geleistet. Ziel sei, eine hohe Qualität bei vergleichsweise geringen Preisen zu erzielen. Weitere Themen des LivingLaB würden später vertieft im Ausschuss vorgestellt.

Die Gebäude in Holzbauweise seien schön, so Stadtrat **Link**. Allerdings sollten diese so gestaltet sein, dass sich nicht auf den ersten Blick zeige, wer in den Häusern wohne. Er legt Wert auf die Feststellung, dass die Cubes keine Baracken, sondern hochwertige Gebäude seien.

In der Fassadengestaltung seien die Cubes flexibel, so OBM **Spec**.

Stadträtin **Dr. Knoß** gefällt der Ansatz des C2C. Bauteile aus Abbrüchen, wie z. B. Fenster, könnten in andere Gebäude eingebaut werden. Früher habe man Fenster häufig entsorgt. Es sei sinnvoll, dass die Stadt hier vorbildlich handle. Holzbauten könne man gestalterisch in grünem Umfeld, Massivbauten in städtischem Umfeld bauen. Unter den Aspekt der Nachhaltigkeit falle auch das Projekt der wiederverwendbaren Kaffeebecher, das auch für den vom Jugendgemeinderat initiierten Kaffeeautomaten Anwendung finden müsse.

Laut OBM **Spec** gebe es eine lokale Initiative für nachhaltige Kaffeebecher, die von der Stadt unterstützt werde. Das Projekt sei sehr gut angenommen worden.

Für Stadträtin **Liepins** umfasse C2C viele Aspekte. Vieles sei davon nicht neu. Die Anwendung beim Bauen sei ein guter Ansatz, allerdings sei dies auch nur ein Teilbereich. Neubauten könnten nicht ausschließlich in Holzbauweise angewandt werden. Holzfassaden würden schnell verwittert aussehen. Der Grundstoff Holz sei außerdem endlich und nicht unproblematisch. Viele Privatleute würden mit Holz heizen, was wiederum Emissionen verursache. Auch die angesprochene E-Mobilität benötige für die Akkus Rohstoffe wie Lithium, was andere Probleme verursache. Sie fragt, um wie viel Prozent die Cubes preiswerter seien als konventionelle Gebäude.

Laut Stadtrat **Weiss** gebe es bessere Lösungen zum Klimaschutz. Er stellt die Frage nach der Wirtschaftlichkeit, nach geringeren Folgekosten und nach einem höheren Return on Investment. Er erkundigt sich nach der Miethöhe, wenn man dies mit einrechne.

Stadtrat **Heer** bezeichnet den Weg als hervorragend. Man sollte viel mehr auf die Ressourcen achten. Er erinnert an die Gemeinderatsinformationsfahrt nach Vorarlberg. Das LivingLaB sei aus seiner Sicht auf dem richtigen Weg.

Stadträtin **Kreiser** erinnert sich, dass die Mülltonnen früher kleiner gewesen seien. Beim Bauen habe man ebenfalls aus heutiger Sicht Fehler gemacht. Sie gibt zu bedenken, dass man heute Fassadendämmung verbaue, deren Auswirkungen noch nicht absehbar seien.

Herr **Eckstein** geht auf die weiteren Fragen ein. Der Vergleich eines Gebäudes im Erlenweg und eines Cubes habe ergeben, dass die Gebäude mit ca. 1780 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche annähernd gleich kosteten. Beim Cube seien als Pilotprojekt allerdings Mehrkosten für Planung und Entwicklung angefallen. Die stete Weiterentwicklung werde weitere Einsparungen zeigen. Auch würden durch die modulare Bauweise künftige Planungskosten reduziert. Die Schaffung von günstigem Wohnraum in der Stadt sei ein großes und wichtiges Thema.

OBM **Spec** zieht wichtige Erkenntnisse aus einem Workshop mit Dr. Thoma. Im System der Bauverfahren liege die Schwäche dahingehend, dass es eine Planung mit Entwurf gebe und anschließend nach Optimierungsmöglichkeiten gesucht werde. Künftig wolle man von Anfang an den C2C-Gedanken in Planungen berücksichtigen, so z. B. beim Bildungszentrum West. Auf die Kaminöfen bezogen führt OBM Spec aus, dass diese eine schlechte Energiebilanz hätten.

Laut Herrn **Weißer** versuche die Stadt bei Bauvorhaben weitestgehend auf Vollwärmeschutz zu verzichten. Die weitere Entwicklung beim Wärmeschutz sei noch ungewiss. Die Hysterie um die Fassadendämmung in der Vergangenheit sei nicht reflektiert gewesen.

Es komme darauf an, so OBM **Spec**, für die Zukunft die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Aspekte des Klimaschutzes würden auf Bundesebene diskutiert werden, die Stadt habe bereits Weichen umgestellt. Er dankt den Vortragenden.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 3 auf und bittet Frau Richert und Frau Dr. Weiland um Vortrag.

Laut Frau **Richert** (Fachbereich Kunst und Kultur) befinde man sich mit den Planungen auf der Zielgeraden. Der offizielle Beginn der Veranstaltungsreihe sei in einem Vierteljahr. Je mehr sich mit dem Jubiläum beschäftigt worden sei, umso mehr Ideen und Projekte seien erarbeitet worden. Erfreulich sei, dass viele Sponsoren gefunden wurden. Die Verteilung der ersten Publikationen werde jetzt beginnen.

Frau **Dr. Weiland** (Fachbereich Kunst und Kultur) stellt die geplanten Projekte und Veranstaltungen anhand einer Präsentation vor. Diese liegt der Niederschrift bei. Das Programm beinhalte viele partizipatorische Veranstaltungen, jährlich stattfindende Veranstaltungen würden unter besonderer Berücksichtigung in den Jahreskalender integriert. Die Stadt arbeite mit über 35 Kooperationspartnern zusammen. Abschließend stellt sie den Kommunikationsplan vor.

Stadträtin **Kreiser** freut sich auf das spannende Programm. Die Integration vieler Bürger, Vereine, Gruppen aus der Stadtgesellschaft und der Stadtteile sei positiv. Die Einwerbung von Sponsoringgeldern sei erfreulich. Das zur Verfügung gestellte Budget sollte nachhaltig eingesetzt werden.

Stadträtin **Dr. Knoß** hebt das breite Programmangebot hervor, das viele verschiedene Personengruppen ansprechen werde. Sie fragt nach der Kommunikationsstrategie zur Ansprache dieser vielen Gruppen und nach der Papierart der Druckerzeugnisse.

Stadträtin **Liepins** schließt sich dem Lob an. Die 130 Veranstaltungen im Jahr 2018 würden die Vielfältigkeit zeigen.

Dass die Planungen nun konkret würden, freut Stadtrat **Weiss**. Das Programm sollte nachhaltig wirken und er stellt eine Verbindung zum Markenbildungsprozess her. Er bittet um einen Gesamtüberblick über das geplante Programm.

Das umfassende Programm führe zu Aufmerksamkeit, so Stadtrat **Heer**. Dies tue der Stadt gut und das Geld sei gut dafür eingesetzt.

Für Stadträtin **Dziubas** sei ein interessantes, vielfältiges Programm entstanden. Es werde ein tolles Jubiläumsjahr. Sie bittet darum, die Kommunikation nach außen sprachlich nicht zu abgehoben wirken zu lassen.

Laut Frau **Richert** würden viele Jubiläen Ludwigsburger Institutionen in das 300-Jahr-Programm integriert, z. B. 200 Jahre Ludwigsburger Kreiszeitung, Zentrale Stelle, Sinfonieorchester, Pferdemarkt, Deutsch-Französisches Institut und weitere.

Frau **Dr. Weiland** zeigt den Ankündigungsflyer für das Stadtjubiläum. Die verschiedenen Zielgruppen würden über unterschiedliche Kanäle wie Druckerzeugnisse, Homepage, Facebook und andere digitale Medien angesprochen. Die Papiersorten seien umweltfreundlich.

OBM **Spec** dankt für den Bericht. Wichtig sei die Feststellung, dass die Jubiläumsveranstaltungen nicht nebenher laufen, sondern durch das Stadtjubiläum aufgewertet würden.

Beschluss:

1. Der Ausübung des besonderen Vorkaufsrechtes nach § 25 ff Baugesetzbuch (BauGB) für das Grundstück:

Gemarkung Ludwigsburg,
Flurstück 3527/1,
Kurfürstenstraße,
mit 2413 m²

wird zugestimmt.

2. Das Vorkaufsrecht wird gemäß § 28 Absatz 3 BauGB preislimitiert zum Kaufpreis von 60.325 Euro ausgeübt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Deetz

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft den Tagesordnungspunkt 4 auf und stellt fest, dass seitens des Gremiums auf Sachvortrag verzichtet wird.

Stadtrat **Herrmann** erkundigt sich nach dem Unterschied zwischen besonderem Vorkaufsrecht und Vorkaufsrecht.

Laut Herrn **Schell** (Fachbereich Liegenschaften) sei das besondere Vorkaufsrecht durch das Baugesetzbuch geregelt, wenn nach Ausübung des Vorkaufsrechts eine öffentliche Nutzung im Rahmen von städtebaulichen Aspekten vorliege.

Stadtrat **Heer** fällt auf, dass der Kaufvertrag zwei Tage nach Erlass der Vorkaufssatzung geschlossen wurde.

Es habe sich um eine Versteigerung im Rahmen einer Auktion gehandelt, so Herr **Schell**.

OBM **Spec** unterstreicht, dass ein öffentliches Interesse an der Nutzung des Grundstücks vorliege und stellt die Vorlage 527/17 zur Abstimmung.